

Niederschrift
der 01. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 25.02.2021
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:45 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Bernd Buxbaum

stellv. Vorsitzende/r

Herr Rocco Pantermöller

Mitglieder

Herr Michael Adomeit
Frau Birkhild Schönleiter
Herr Maximilian Schwarz
Herr Erik Wendlandt
Herr Heiko Werner

Vertreter

Herr Michael Liebeskind
Herr Mathias Reeck

Vertretung für Herrn Peter Paul

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Frau Steffi Behrendt
Frau Marion Harder
Frau Anita Wenz

Gäste

Herr Ralf Bernhardt
Herr Bernd Fischer
Herr Torsten Grundke

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung

- 1.1** zur Erweiterung der Tagesordnung der 01. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben am 25.02.2021
Vorlage: DAn 0001/2021

- 2** Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 19.11.2020

- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen

- 4** Beratung zu aktuellen Themen

- 4.1** Werftenkrise in Stralsund

- 4.2** MV Gipfel

- 4.3** Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0018/2018

- 4.4** Änderungsantrag zu TOP 9.8 - Beschilderung Mägdebrunnen
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0070/2020

- 5** Verschiedenes

- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Buxbaum stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und geht auf den von ihm eingereichten Dringlichkeitsantrag DAn 0001/2021 ein. Die Begründung der Dringlichkeit ergänzt er dahingehend, dass sich der Ausschuss und möglicherweise auch die Bürgerschaft in Bezug auf die Protestaktion vom 17.02.2021 hinter die Werftmitarbeiter stellt.

Herr Werner beantragt die Absetzung der Punkte 4.1, 4.2 und 7.1 von der Tagesordnung. Aus seiner Sicht wurden die Tagesordnungspunkte hinreichend im Ausschuss diskutiert. Eine erneute Beratung ist nicht nötig, wenn sich an der Sachlage nichts geändert hat.

Herr Adomeit zieht seinen Antrag AN 0149/2020 (TOP 7.1) für die Sitzung zurück, da nicht zu erwarten ist, dass es von Seiten der SWS neue Erkenntnisse zu dem Thema gibt. Ein Vertreter des Landes wurde zu der Thematik nicht eingeladen.

Herr Schwarz zeigt sich überrascht über die auf der Tagesordnung befindlichen Themen. Das Thema Geothermie kann seiner Auffassung noch einmal im Sommer diskutiert werden, wenn weitreichendere Erkenntnisse vorliegen.

Er stellt den Antrag, die Tagesordnung um den Perspektivplan für die Wirtschaft in MV, Resultat des MV Gipfels am 24.02.2021, zu erweitern. Öffnungsszenarien für Stralsund müssten jetzt besprochen werden.

Dem Dringlichkeitsantrag von Herrn Buxbaum bezüglich der Werft wird Herr Schwarz zustimmen.

Herr Buxbaum stellt den Absetzungsantrag von Herrn Werner zur Abstimmung:

Abstimmung: 8 Zustimmungen 1 Gegenstimme 0 Stimmenthaltungen

Anschließend stellt der Vorsitzende den Dringlichkeitsantrag DAn 0001/2021 – „Die Situation der MV Werften“ zur Abstimmung:

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Der Tagesordnungspunkt wird unter TOP 4.1 eingeordnet.

Nachfolgend stellt Herr Buxbaum den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um das Thema „Perspektivplan für die Wirtschaft in MV“ von Herrn Schwarz zur Abstimmung:

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Das Thema wird unter TOP 4.2 eingereiht.

Abschließend stellt Herr Buxbaum die Tagesordnung mit den vorgenannten Änderungen zur Abstimmung:

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 19.11.2020

Die Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 19.11.2021 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Werftenkrise in Stralsund

Herr Buxbaum beantragt Rederecht für Herrn Bernd Fischer.

Herrn Fischer wird einstimmig das Rederecht erteilt.

Herr Fischer ist Vorsitzender des Betriebsrates der Volkswerft und stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrates der Genting Werftstandorte Stralsund, Wismar und Rostock.

Er klärt über die aktuelle Situation auf. In diesem Zusammenhang berichtet er, dass die Geschäftsführung ankündigt hat, rund 1.200 Stellen zu streichen. Bis jetzt hat Genting 2,5 Milliarden Euro in die drei Werftstandorte investiert und 3.000 tarifgebundene Personalstellen geschaffen.

Ein Antrag an den Wirtschaftsstabilisierungsfond wurde bereits seitens Genting gestellt. Der Wirtschaftsstabilisierungsfond gibt Maßnahmen vor, die erfüllt werden müssen, um Geld zu erhalten, darunter auch den Personalabbau. Dafür muss Genting den Nachweis bringen, wie viel Euro pro Jahr dadurch eingespart werde. Zum derzeitigen Auftragsbestand der Werften in Stralsund und Wismar zählen zwei Schiffe.

Gegenwärtig wird auf eine Entscheidung seitens Gentings zu den neu konstruierten Schiffen der Universal Class gewartet.

Herr Fischer verdeutlicht, dass der Werftstandort Stralsund am stärksten betroffen ist, insbesondere in Bezug auf den Personalabbau. Verhandlungen mit der Geschäftsführung sollen zu einem Interessenausgleich und zu einem Sozialplan führen. Für diese Verhandlungen wurden u.a. auch die Gewerkschaftsvertreter, welche als Berater fungieren, mit eingebunden. Bis zum 31.03.2021 wird entschieden, ob Genting Geld aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfond erhält.

Herr Fischer stellt auch klar, dass es sich nicht um Steuergelder handelt, sondern um Kredite, die wieder zurückgezahlt werden müssen. In Bezug dazu gibt er an, dass der Wirtschaftsstabilisierungsfond den Antrag nur genehmigt, wenn zeitgleich auch ein Rückzahlungskonzept dargelegt wird, welches den Personalabbau mit einkalkuliert.

Die Werft wird vom Wirtschaftsministerium und vom Finanzministerium kontrolliert. Herr Fischer gibt des Weiteren bekannt, dass eine Kontrolle des Abarbeitungszustandes der Schiffe alle zwei Wochen geschehe. Auf Grundlage dessen werden die Teilbeträge

ausgezahlt, da nicht der Gesamtbetrag gezahlt wird. Herr Fischer unterstreicht, dass Genting mit eigenem Geld bezahlt, dafür wurden Beträge aus einer Lockbox entnommen.

Er weist ebenso darauf hin, dass es sich bei den vom Abbau betroffenen Personalstellen um Fachleute handelt, die damit verloren gehen. Herr Fischer hebt auch hervor, dass die Unternehmen rund um die Werft von dieser partizipieren.

Herr Buxbaum gibt ein Statement ab und stellt die Nachfrage, ob es bei entsprechender Auftragslage möglich ist, den Personalbestand wieder zu erhöhen. Herr Fischer geht davon aus, dass es dann entsprechend schwierig sein wird, entsprechendes Personal zurückzugewinnen.

Darum wird von Seiten der Betriebsräte auch viel Wert auf die Ausbildung gelegt. Er verweist auf das Jahr 2018, in welchem die Werft 120 - 130 Auszubildende eingestellt hat. Derzeit werden diese mit ihrer Ausbildung fertig und können nicht übernommen werden. Dies bringt die Problematik auf, dass die jungen Menschen verloren gehen. Des Weiteren gehen um die 100 Mitarbeitende in Rente oder gelangen durch Arbeitslosigkeit in die Rente. Für alle anderen Mitarbeiter stellt Herr Fischer die Aussicht, dass sich diese neue Arbeitsplätze in anderen regionalen Unternehmen suchen werden und unter Umständen auch nicht wieder zurückzugewinnen sind.

Die Verhandlungen sind ebenfalls darauf ausgerichtet, die Fachleute am Standort zu halten. Die Probleme sind auch auf die aktuelle Corona Pandemie zurückzuführen. Im Augenblick sind in Stralsund ca. 60 Auszubildende, die noch über zwei Jahre in der Ausbildung sein werden. Der Betriebsrat hofft auf eine Weiterführung der Ausbildung, allerdings gibt es aktuell noch keine weiteren Auskünfte dazu.

Zugleich erklärt Herr Fischer, dass Rostock ebenfalls stark betroffen ist und ca. 138 Mitarbeiter in Stralsund zur Unterstützung zur Verfügung stehen und aus Wismar ca. 30 Mitarbeiter. Auch Wismar erhält Unterstützung aus Rostock.

Herr Werner stellt zum einen die Nachfrage, ob die Aussage stimmt, dass viel Material für eines der Schiffe auf Lager liegt und zum anderen erfragt er, ob ein Verkauf der Werft an einen anderen Werftbetreiber die bessere Wahlmöglichkeit wäre. Zur ersten Frage von Herrn Werner gibt Herr Fischer die Auskunft, dass es sich eigentlich um eine Schiffbauserie handeln sollte, weswegen ein Großteil der Komponenten gemeinsam eingekauft worden ist. Zur zweiten Frage führt Herr Fischer aus, dass es das Bestreben sei, beim Werftbetreiber Genting zu bleiben, aber man stehe einem möglichen Verkauf offen gegenüber. In diesem Zusammenhang berichtet er, dass bereits eine Formulierung für einen Rahmenvertrag getroffen worden ist und Genting sich dazu geäußert hat, einem Verkauf nicht entgegenzustehen.

Herr Schwarz bedankt sich für die aktuelle Situationsbeschreibung und gibt ein Statement ab. Die Wirtschaft ist insgesamt derzeit in einer schwierigen Lage, aber die Werft ein wichtiger Bestandteil, an dem festgehalten werden sollte.

Auf eine Nachfrage von Herrn Adomeit gibt Herr Fischer bekannt, dass die Stralsunder Werft eigentlich als Konstruktionsstandort ausgebaut werden sollte. Die Reparatursparte könnte mit entsprechenden Aufträgen ein Standbein sein, welches die Werft über Wasser halten könnte.

Nach Auskunft von Herrn Fischer wurde eine Marktanalyse durchgeführt. Diese hat ergeben, dass die Nachfrage nach kleinen Schiffen jedes Jahr um acht Prozent steigt und dies stellt den Aufgabenbereich der Werft dar. Der Bedarf ist demnach vorhanden, dagegen ist die Finanzierung noch ausbaufähig.

Herr Fischer ist zuversichtlich, dass Schifffahrten zeitnah wieder einer hohen Nachfrage unterliegen werden.

Herr Reeck erkundigt sich, ob es sinnvoll ist, den Wirtschaftsstabilisierungsfond in Anspruch zu nehmen, wenn dies einen so massiven Stellenabbau zur Folge hat. Durch das Geld sollte aus seiner Sicht eigentlich gewährleistet werden, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben. Herr Fischer betont, dass die Beschäftigten, die am Standort verbleiben, Fachkräfte sind. Sollten die Konstrukteure der Werft verloren gehen, ist es unwahrscheinlich, diese zurückzugewinnen.

Dabei handelt es sich um ein Standortsicherungsteam, welches die Werft wieder hochfahren könnte.

Herr Buxbaum spricht sich dafür aus, dass die Bürgerschaft sich solidarisch mit der Werft zeigt und an die Landes- und Bundesregierung appelliert, diese unter den Rettungsschirm aufzunehmen.

Herr Adomeit bittet von einem Antrag in der Bürgerschaftssitzung abzusehen.

Herr Schwarz betont, dass die Bürgerschaft hinter der Werft steht und dass ein Beschluss von der Bürgerschaft zur Problematik bereits gefasst worden ist.

Herr Buxbaum fasst zusammen, dass der Ausschuss keinen Antrag in die Bürgerschaftssitzung einbringen wird, die Fraktionen sich aber mit ihren Möglichkeiten weiterhin für den Erhalt der Werft einsetzen.

Herr Schwarz beantragt Rederecht für Herrn Torsten Grundke

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Herr Grundke betont, dass deutlich erkennbar ist, dass die Nachfrage nach kleineren Schiffen steigt. Außerdem wird ein Umbau der Schiffe auch im Hinblick auf die Virusbelastung auf den Schiffen Aufgabe sein. Eventuell wäre eine Spezialisierung der Werft auf so ein Segment eine Lösung. Herr Fischer betont, dass die Schiffe der Universal Class bereits für Quarantänefälle ausgestattet werden. Aus Sicht von Herrn Fischer müsste „Green Shipping“ gefördert werden, um Deutschland als Werftstandort wieder voran zu bringen.

Herr Buxbaum bedankt sich für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 MV Gipfel

Herr Schwarz führt kurz in das Thema ein. Dabei bringt er an, dass der Landkreis Vorpommern Rügen die geringste Inzidenz in Mecklenburg-Vorpommern aufweist und stellt die Frage in den Raum, ob eine frühere Öffnung, anders als im Perspektivplan vorgesehen, in bestimmten Bereichen in Frage kommen könnte.

Denkbar wäre aus seiner Sicht auch ein entsprechender Dringlichkeitsantrag des Ausschusses für die Bürgerschaftssitzung am 04.03.2021.

Herr Schwarz beantragt Rederecht für Herrn Torsten Grundke.

Herrn Grundke wird das Rederecht einstimmig erteilt.

Er ist der Vizepräsident der IHK zu Rostock und zweiter Vorsitzender der Stralsunder Mittelstandsvereinigung. Herr Grundke erläutert die aktuelle Lage aus Sicht der Wirtschaft und als Unternehmer.

Herr Grundke merkt an, dass es sich bei dem vorgestellten Plan nicht um eine Perspektive handelt. Daraufhin fasst er den Inhalt des Perspektivplanes kurz zusammen. Er berichtet über eigene persönliche Erfahrungen. Er bittet darum, eventuell über einen Sonderweg

nachzudenken. Seitens der Regierung wurde eine mögliche Öffnung bei einem Inzidenzwert von 35 in Aussicht gestellt. Er verweist auf einen Artikel der Ostseezeitung, in welchem bekannt gegeben wurde, dass der aktuelle Wert vom Landkreis Vorpommern Rügen bei 16 liegt und beklagt, dass eine Öffnung weiterer Bereiche immer noch nicht stattgefunden hat. Nach Aussage eines von Herrn Grundke herangezogenen Papiers des Robert-Koch-Institutes ist das Infektionsrisiko im Einzelhandel insgesamt gering. Im Rückblick auf die erste Welle gibt er an, dass die Läden danach nicht durch große Menschengruppen überrannt wurden und sich an Hygienemaßnahmen gehalten wurde. Aus diesem Grunde sieht er eine mögliche Einkaufswelle von Menschen aus anderen Landkreisen, die zum Einkaufen in den Landkreis Vorpommern Rügen kommen, nicht entgegen. Deshalb appelliert er an die Mitglieder des Ausschusses, in der Bürgerschaft einen Beschluss zu fassen, um zu einem geregelten Ablauf unter der Beachtung von Hygienemaßnahmen zurückzukehren. Sollte die aktuelle Strategie so weitergeführt und Geschäfte geschlossen bleiben, werden viele Geschäfte nach Ende des Lockdowns gar nicht mehr öffnen. Er kündigt an, das Thema im nächsten Ausschuss für Wirtschaft des Landkreises Vorpommern Rügen anzusprechen, um für die Wichtigkeit des Themas zu sensibilisieren.

Herr Buxbaum bedankt sich für die aktuelle Situationsbeschreibung.

Herr Buxbaum betont, dass die Bürgerschaft appellieren, aber keine Beschlüsse fassen kann.

Herr Werner schlägt vor, die Regionen mit einer längeren geringen Inzidenzzahl zur Testregion zu erklären. Hierzu soll der Landrat als zuständige Behörde aufgefordert werden. Auf eine Nachfrage von Herrn Werner stellt Herr Grundke klar, dass die IHK in Hinsicht auf den Perspektivplan nicht involviert war. Der Ansatz für mögliche Öffnungen und Wiedereinkehren der Normalität, bei einer durchdachten Betrachtungsweise, ist eine langanhaltende geringe Inzidenzzahl.

Herr Adomeit geht nicht von der Unterstützung des Landrates aus, schlägt aber einen Antrag des Ausschusses in der nächsten Bürgerschaftssitzung vor.

Auch Herr Schwarz schlägt vor zu diesem Thema einen Antrag in die nächste Bürgerschaftssitzung einzubringen. Er gibt einen Formulierungsvorschlag ab und bezieht sich auf das zuvor Gesagte.

Herr Reeck befürwortet das Vorhaben. Er geht davon aus, dass sich die Konsumenten auf die einzelnen Geschäfte verteilen würden und es nicht zu überfüllten Ladengeschäften und damit zu erhöhten Ansteckungen komme. Zum anderen würde eine Öffnung der Geschäfte dazu führen, dass das Geld in Stralsund bleibt und nicht im Onlinehandel umgesetzt wird. Aus Sicht von Frau Schönleiter sind die verordneten Einschränkungen nicht länger tragbar.

Herr Wendtland warnt davor, den Inhalt der Problematik zu vereinfachen, da die Komplexität des Themas Beachtung finden muss. Zum anderen stimmt er einem Antrag zu, aber es müsse eine Abwägung erfolgen. Die Stadt ist nicht befugt, darüber eine Entscheidung zu treffen, da es nicht in deren Aufgabenbereich fällt und somit eine Zuständigkeit der Stadt ausgeschlossen ist. Von einer allzu scharfen Formulierung des Antrages oder Polemik rät er ab.

Herr Adomeit weist noch einmal auf die Dringlichkeit des Themas hin

Herr Werner stellt folgenden Formulierungsvorschlag, der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Landrat zu bitten, sich für eine testweise Öffnung des Einzelhandels und der Möglichkeit des Kinder- und Jugendsportes bei einer niedrigen Inzidenz von mehreren Tagen im Landkreis einzusetzen, zur Diskussion

Für ihn stellt sich die Frage, ob der Antrag über den Ausschuss oder über die Fraktionen eingereicht werden sollte. Herr Werner selbst spricht sich für die Einreichung des Antrages über die Fraktionen aus.

Herr Buxbaum schließt sich dem Vorschlag von Herrn Werner an und schlägt vor, in die Bürgerschaftssitzung zum 04.03.2021 einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag über die Fraktionen einzubringen.

Herr Buxbaum verweist allgemein darauf, die Politiker nicht zu stark zu kritisieren, da sie in ihrer Verantwortung stehen.

Herr Grundke schildert seine Versuche mit den entsprechenden Stellen in Kontakt zu kommen und eine Lösung herbeizuführen. Es ist falsch und schädlich für die Wirtschaft davon auszugehen, dass auf kleiner Ebene nichts erreicht werden kann. Der Ausschuss sollte an den Oberbürgermeister herantreten, um eine Lösung zu finden. Herr Grundke weist auf den drängenden Zeitfaktor hin.

Herr Buxbaum appelliert, die soziale Komponente nicht aus den Augen zulassen, die Gesundheit sollte nicht aus dem Blick verloren werden.

Herr Wendtland betont, dass er sich nicht gegen einen Antrag ausgesprochen hat. Dieser muss allerdings so klar formuliert sein, dass er die Mehrheit in der Bürgerschaft findet und zielführend ist.

Herr Liebeskind bezieht zu den Aussagen Stellung. Dabei merkt er an, dass der Einzelhandel Verluste erfährt und weist auf die Gefahr von einer Arbeitslosenwelle hin. Im Weiteren äußert er sich allgemein zur Problematik. Herr Liebeskind stimmt dafür, einen Antrag durch den Ausschuss in die Bürgerschaft einzubringen und nicht durch die Fraktionen. Er steht für eine klare Formulierung und für ein geschlossenes Auftreten.

Nach Herrn Reeck muss das Große und Ganze betrachtet werden. Eine Beachtung des sozialen Aspekts muss stattfinden. Dieser Aspekt ist noch nicht messbar und die Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft, auf den Zusammenhalt der Gesellschaft sowie auf die soziale Stabilität sind noch nicht erfasst.

Herr Schwarz appelliert, ein Signal in der Bürgerschaft zu setzen, so dass der Oberbürgermeister angehalten wird, mit dem Landrat zu verhandeln, da die Zuständigkeit beim Landrat liegt. Es ist die Abgabe eines klaren Votums aus dem Ausschuss nötig. Herr Schwarz weist darauf hin, dass es den Fraktionen auch in der Bürgerschaftssitzung noch möglich ist, Änderungsanträge zu dem Dringlichkeitsantrag zu stellen.

Auf die Frage von Herrn Buxbaum erklärt Herr Werner, dass der Stufenplan MV von einer landesweiten Inzidenz von unter 35 ausgeht und dann ohne konkrete Daten zu benennen, schrittweise Öffnungen vorsieht. Stralsund soll aufgrund der geringen I-Werte Modellregion werden und die Geschäfte unverzüglich öffnen dürfen.

Herr Werner stellt den Antrag, folgenden Antrag durch den Ausschuss in die Bürgerschaftssitzung am 04.03.2021 einzubringen.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Landrat zu bitten sich für eine sofortige Öffnung des stationären Einzelhandels und des Kinder- und Jugendsportes im Landkreis Vorpommern-Rügen bei einer andauernden Inzidenz von unter 35 einzusetzen.

Herr Buxbaum stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Herr Buxbaum schließt den Tagesordnungspunkt, da es keinen weiteren Redebedarf gibt.

zu 4.3 Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0018/2018

Der Tagesordnungspunkt wurde unter TOP 1 von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 4.4 Änderungsantrag zu TOP 9.8 - Beschilderung Mägdebrunnen
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0070/2020

Der Tagesordnungspunkt wurde unter TOP 1 von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 5 Verschiedenes

Es gibt keinen Redebedarf.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Herr Buxbaum stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung.

gez. Bernd Buxbaum
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung